LIBERTAS AGENDI

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Jahresbericht 2017

Auf einen Blick

Vorwort
Seite 2

Wer wir sind
Seite 3

Organe und Geschäftsführung
Seite 4

Unsere Projekte 2017
Seite 6

Preisverleihungen
Seite 10

Publikationen
Seite 12

SRzG im Web
Seite 13

Medienauftritte
Seite 14

Unser Ausblick für 2018
Seite 14

Stiftungsmanagement
Seite 15

Fördern und Spenden
Seite 16

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freund*innen, Förder*innen und Partner*innen,

2017 war ein erfolgreiches Jahr für die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Wir haben neue Projekte auf den Weg gebracht sowie Bewährtes ausgebaut und aktualisiert. Zugleich haben wir unsere Erneuerung angestoßen und uns, unserem Auftrag entsprechend, für mehr Generationengerechtigkeit eingesetzt. Viele Beispiele dafür finden Sie in diesem Jahresbericht. Alles, worüber darin berichtet wird, ist gelungen – trotz der knappen Mittel.

2017 war ein Jahr der Erneuerung für die SRzG. Besonders deutlich wird dies an Veränderungen in unserem ehrenamtlichen Vorstand und Botschafterkreis. Auch unsere Webseite und unser Newsletter erstrahlen in einem neuen Design.

Auch bei unseren Engagements hat sich viel getan. Mit neuen Projekten zu Klimapolitik und Parteistrukturen haben wir uns für die Rechte nachrückender Generationen stark gemacht, und unsere Forderungen mit neuen Positionspapieren unterfüttert.

Für alle Leistungen, auch die hier nicht explizit genannten, gilt unseren Vorständen, Botschafterinnen und Botschaftern, unseren Kuratoren und Wissenschaftlichen Beiräten, unsern Gremienmitgliedern, Praktikantinnen und Praktikanten und unseren Partnern unser großer Dank.
Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre

Ihre SRzG

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

Wer wir sind

Wir sind ein Think Tank an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Durch praxisnahe Forschung und Beratung wollen wir das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schärfen. Die SRzG wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen und wird seitdem von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet. Wir vertreten die Interessen zukünftiger Generationen und gelten als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit" (Wirtschaftswoche). Wir sind finanziell unabhängig und stehen keiner politischen Partei nahe.

Was wir erreichen wollen

Wir wollen, dass die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation. Wir wollen, dass Generationengerechtigkeit und die Interessen zukünftiger Generationen bei politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt werden und, dass heute nicht auf Kosten unserer Nachkommen gelebt wird. Und wir finden, dass die heute junge und die heute alte Generation gemeinsam dafür sorgen müssen, dass kommende Generationen intakte Lebensgrundlagen vorfinden.

Was wir tun

Wir forschen rund um die Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit und erarbeiten Handlungsempfehlungen. Wir veröffentlichen allgemeinverständliche Bücher und Positionspapiere. Zu unseren Themenfeldern gehören Umwelt, Finanzen, Renten, Bildung, Arbeitsmarkt, Jugendpolitik sowie die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie. Mit Kampagnen, Presseauftritten, Vorträgen und Projekten erinnern wir Politik und Gesellschaft an ihre Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Wir fördern junge Forschung und wir organisieren Symposien, Kongresse und Tagungen und geben die Fachzeitschrift „Intergenerational Justice Review" heraus.

Organe und Geschäftsführung

Mitglieder des Vorstands

Anna Braam (geb. 1988)
promoviert im Bereich „Nachhaltigkeit demokratischen Entscheidens" an der Universität Oldenburg. In ihrem Masterstudium widmete sie sich den wissenschaftlichen Grundlagen der Generationengerechtigkeit am Beispiel der nationalen Biodiversitätsstrategie. Braam gründete 2016 das Jugendforum „Next Generation" im Bremer Übersee-Museum und engagiert sich in der UN-Klimapolitik als Jugend-Delegierte. Zudem ist Braam Mitglied im Nationalen Netzwerk für Nachhaltigen Konsum der Bundesregierung.

Yannick Haan (geb. 1986)
arbeitet bei Wissenschaft im Dialog und betreut Projekte rund um die Digitalisierung. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro eines SPD-Bundestagsabgeordneten und Projektleiter der Euro-Wahlgang der Politikfabrik und u.a. für die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Deutsche Welle tätig. Er ist außerdem Vorsitzender der SPD Alexanderplatz und Mitglied der Gesellschaft für Freiheitsrechte. Er ist Autor des Buches „Gesellschaft im digitalen Wandel".

Dr. Michael Rose (geb. 1986)
ist Politikwissenschaftler, Autor das Fachbuchs ‚Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie' und wissenschaftlicher Koordinator des Zentrums für Transformationsforschung und Nachhaltigkeit (TransZent). Nach seinem Studium der Politikwissenschaft in Bamberg forschte er in Düsseldorf als Promotionsstipendiat am Graduiertenkolleg ‚Linkage in Democracy' theoretisch und empirisch zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen.

Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Ortwin Renn
Wissenschaftlicher Direktor Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)

Prof. Dr. Rolf Kreibich
ehemals Direktor Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats

Prof. em. Dr. Hans Christoph Binswanger
Prof. em. Dr. Dieter Birnbacher
Dr. Jürgen Borchert
Prof. Dr. Luc Bovens
Prof. Dr. Louis Chauvel
Prof. Dr. Claus Dierksmeier
Dr. Reinald Eichholz
Prof. Dr. Edeltraud Günther
Prof. Dr. Karl Heinz Hausner
Dr. Uwe Jean Heuser
Prof. Dr. Vittorio Hösle
Prof. Dr. Klaus Hurrelmann
Dr. Annette Lepenies
Dr. Gisela Meister-Scheufelen
Prof. Dr. Mihajlo D. Mesarovic
Prof. Dr. Meinhard Miegel
Prof. Dr. Hubertus Müller-Groeling
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Prof. Dr. Claus Offe
Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen
Dr. Wolfgang Reinicke
Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber
Prof. Dr. Uwe Schneidewind
Prof. Dr. Wolfgang Seiler
Prof. em. Dr. Dr. Udo E. Simonis
Robert Unteregger
Prof. Dr. Fritz Vahrenholt
Prof. Dr. Werner Weidenfeld
Stephanie Weis-Gerhardt
Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Botschafterinnen und Botschafter

Dr. Danyal Bayaz, MdB
Jasmin Buck
Dr. Wolfgang Gründinger
Martin Hagen
Anna Halbig
Jonathan Hoffmann
Madeleine Hofmann
René Kieselhorst
Katharina Nocun
Simon Sales Prado
Charlotte Unruh

Büroleitung

Maria Lenk

E-Mail: kontakt@srzg.de
Tel. 0711 / 28052777

Unsere Projekte 2017

Kernforderungen für die nächste Legislaturperiode

In Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2017 und die daran anschließende 19. Legislaturperiode hat die SRzG sechs Kernforderungen aufgestellt, deren Umsetzung für eine langfristig generationengerechte Politik essentiell sind. Die Kernforderungen wurden so ausgewählt, dass sie realistisch innerhalb einer Legislaturperiode erreichbar und für die Politik umsetzbar sind: https://bit.ly/2Hn9WxC.

In ihren Positionspapieren beschreibt die SRzG ausführlich, wie die Forderungen sich langfristig auf verschiedene Politikfelder auswirken und beschreibt konstruktiv Lösungsansätze.

Generationengerechte Parteien

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Parteiendemokratie, die politischen Parteien sind das Herzstück der deutschen Politik. Aber seit den 1970er Jahren verlieren die etablierten Parteien an Mitgliedern, vor allem weil junge Menschen nicht mehr eintreten. Dabei sind seit der Wahl von Trump, dem Beschluss über den Brexit und dem Erstarken des Rechtspopulismus viele junge Menschen in die Parteien geströmt und so politisch interessiert wie seit Langem nicht mehr. Alleine die SPD verzeichnet seit Anfang des Jahres 15.000 Neumitglieder. Treten junge Menschen in Parteien ein, treffen sie jedoch auf alte Parteistrukturen, die oft noch aus den 1970er Jahren stammen. Da ist es kein Wunder, dass die Parteien kaum noch potentiellen Nachwuchs begeistern können und selbst die neu gewonnenen, jungen Parteimitglieder drohen, schnell wieder zu „Karteileichen" zu werden. Die Folge: Die Parteien überaltern und vertreten immer weniger die Interessen junger Menschen. Ein Teufelskreis, der aber nicht unumkehrbar ist. Ein grundlegender Wandel muss her, damit die Parteien arbeits- und zukunftsfähig bleiben.

Im April 2017 veröffentlichte die SRzG elf Vorschläge, wie Parteien generationengerechter sein und generationengerechter arbeiten können.

Die elf Vorschläge stießen auf großes Interesse auf Seiten der Medien und der Parteien und die SRzG erhielt zahlreiche Anfragen für Interviews und Stellungnahmen.

Im Frühjahr bat die SRzG 170 Vertreter der Parteispitzen, darunter Bundes-, Landes- und Fraktionsvorsitzende und Vertreter der parteinahen Jugendorganisationen, um Stellungnahme zu den Vorschlägen. Alle eingegangenen Antworten wurden in einem 21-seitigen Bericht zusammengefasst: http://bit.ly/2pzfQEq

Die Parteien und Jugendorganisationen baten zudem an, weiterhin diesbezüglich in Kontakt zu bleiben. Aufgrund des positiven und konstruktiven Echos zu dem Thema, wird die SRzG sich im Rahmen des nächsten Generationengerechtigkeits-Preises weiter mit diesem Themenbereich befassen.

Wir wollen wählen

In Deutschland dürfen Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung ihres 18. Lebensjahres nicht wählen. Das betrifft etwa 13 Millionen Kinder und Jugendliche (Stand 2016). Etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung ist vom Wahlrecht ausgenommen und darf somit ihr wichtigstes politisches Grundrecht, das Wahlrecht, nicht ausüben. Experten schätzen, dass etwa 2 Millionen Unter-18-Jährige wählen gehen würden, wenn sie dürften. Gerade in Deutschland, das die zweitälteste Bevölkerung der Welt hat, ist die Mitbestimmung der jungen Generation mit Blick auf die Generationengerechtigkeit dringend wünschenswert, besonders als Korrektiv für die demografische Alterung der Gesellschaft. Von einer Senkung des Wahlalters ist außerdem eine Stärkung generationengerechter Politik zu erwarten, denn ältere Bürger verfolgen andere sozialpolitische Präferenzen als jüngere. Es gibt außerdem gute Gründe für die Annahme, dass Klimaschutz, Schule oder Internet-Versorgung an Gewicht gewinnen und stärker nach den Ansichten der Jugendlichen gestaltet werden würden. Diese abweichenden Politikpräferenzen fallen umso mehr ins Gewicht, je mehr die deutsche Bevölkerung eine demografische Alterung durchläuft. Jungen Menschen soll es daher frei stehen, ihr Wahlrecht auszuüben, sobald sie dies wollen und eigenständig können (kurz: „Wahlrecht durch Eintragung").
Deshalb hat die SRzG im Zuge der Bundestagswahlen 2017 Kinder und Jugendliche erneut dabei unterstützt, sich für ihr Wahlrecht auf Bundesebene einzusetzen. Gemeinsam mit Plant-for-the-Planet führte die SRzG zum zweiten Mal die Kampagne „Wir wollen wählen" durch, die Unter-18-Jährige dazu ermutigt, ihr wichtigstes politisches Grundrecht einzufordern. Ähnliche Aktionen plant die SRzG (ausreichende Finanzierung vorausgesetzt) auch für Landtagswahlen in den kommenden Jahren sowie für die Europawahl 2019.

Die SRzG nahm auch an der symbolischen U18-Bundestagswahl teil, in dem sich das SRzG-Büro für einen Tag Kindern und Jugendlichen als Wahllokal zur Verfügung stellte.

Umweltpolitischer Jugendaustausch Deutschland-Fidschi

Im November 2017 fand unter der Präsidentschaft Fidschis die UN-Klimakonferenz in Bonn statt. In diesem Rahmen organisierte die SRzG gemeinsam mit jungen Umweltaktivisten des Jugendbündnis' Zukunftsenergie sowie des fidschianischen Project Survival Pacific einen deutsch-fidschianischen Jugendaustausch. Fidschi war nicht nur Schirmherr der Klimakonferenz – der pazifische Inselstaat ist gleichzeitig auch eines am stärksten vom Klimawandel betroffenen Regionen der Welt. Steigender Meeresspiegel, Dürren und heftige

Unwetter bedrohen die Nahrungssicherheit, Gesundheit und Existenzgrundlagen der Fidschianer.

Der Jugendaustausch brachte im Oktober bzw. November 2017 je 15 umweltpolitisch aktive junge Menschen aus Deutschland und aus Fidschi zusammen. Im jeweils anderen Land lernten sie im intensiven persönlichen Austausch Klimaschutzmaßnahmen kennen, die die Lebensrealität des jeweils anderen darstellen und entwickelten ein Bewusstsein für die Folgen des Klimawandels sowie Maßnahmen zur Minderung in den jeweiligen Ländern. Der Austausch endete mit der gemeinsamen Teilnahme an der Conference of Youth und an der 23. UN-Klimakonferenz (COP23) in Bonn. In zahlreichen Interviews, Artikeln und Aktionen trugen die Teilnehmenden ihre Erlebnisse in die Öffentlichkeit und schärften so das Bewusstsein für den Klimawandel in ihrem Umfeld und ihrer Gesellschaft.

Finanziert wurde der Austausch aus Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

UN-Aktivitäten der SRzG

Seit 2005 hat die SRzG besonderen Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und nimmt regelmäßig an Verhandlungen und zwischenstaatlichen Konferenzen teil. Um die Präsenz junger Menschen in den UN-Prozessen zu verstärken, entsendet die SRzG jedes Jahr junge Menschen zu den Klimakonferenzen der Vereinten Nationen, auf denen sie sich mit relevanten Stakeholdern vernetzen, aktiv an Diskussionen und Arbeitsgruppen teilnehmen und mit Vorträgen und Workshops die Bedeutung und Chancen von Jugendbeteiligung und Generationengerechtigkeit hervorheben. Seit einigen Jahren arbeitet die SRzG dafür im Rahmen der Klimaverhandlungen mit der Klimadelegation des Jugendbündnisses Zukunftsenergie zusammen.

Im Jahr 2017 fanden sowohl die Zwischenverhandlungen als auch die COP23 selbst in Bonn statt, an denen jeweils auch SRzG-Delegierte teilnahmen. Die SRzG ermöglichte 22 jungen Menschen die Teilnahme an der COP23.

Offener Brief an die Verhandler von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen

Im Rahmen der Sondierungsverhandlungen zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen über eine Koalition initiierten SRzG und die Klimadelegation des Jugendbündnis Zukunftsenergie im November 2017 einen offenen Brief an die Sondierungsverhandler in dem sie sich für einen konsequenten Klimaschutz aussprachen. Die Aktion stand im Kontext der UN-Klimakonferenz in Bonn und den zögerlichen Zugeständnissen der Parteispitzen im Fall einer Koalition. An dem Offenen Brief beteiligten sich über 20 Jugend- und Umweltorganisationen.

Bonn, den 09. November 2017

Offener Brief: Wir möchten in einem Deutschland leben, das zu seinen Versprechen steht. Wir wollen konkretes Handeln im Klimaschutz.

An die Unterhändler der Parteien CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen,

Fidschi geht unter. Bei unserem Jugendaustausch standen wir auf Fidschi bis zum Hals im Wasser, wo Kinder noch vor 10 Jahren am Strand spielen konnten. Uns wurde deutlich: Jedes Kind, jeder Mensch auf Fidschi erlebt den Klimawandel tagtäglich. Gemeinsam mit Jugendlichen aus Fidschi und der ganzen Welt fordern wir daher auf dem UN-Klimagipfel wirksame Maßnahmen. Die Fidschianer brauchen jetzt weltweit ambitionierten Klimaschutz.

In Sachen Klimapolitik blickt die Welt in diesem Jahr nach Deutschland: Die deutsche G20-Präsidentschaft hat auf dem Gipfel in Hamburg gegen den Widerstand der USA deutlich gemacht, dass Klimaschutz eine globale Aufgabe ist. Unter Fidschianischer Präsidentschaft ist Deutschland Gastgeber der 23. Klimakonferenz der Vereinten Nationen und steht im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Die neue Regierung muss eine zukunftsfähige, ambitionierte Klimapolitik umsetzen! Sie muss ihre Klimaschutzversprechen einhalten! Sie muss Deutschland wieder zum Klimaschutzvorreiter machen! Deutschland darf international nicht zum Klimaheuchler werden! Ohne einen schnellen Kohleausstieg kann das nicht klappen. Welches Signal senden wir an Fidschi und den Rest der Welt, wenn wir unsere selbst gesetzten Ziele verfehlen?

Konsequenter Klimaschutz bedeutet, Deutschland zukunftsfähig zu machen. Die deutsche Industrie kann im internationalen Wettbewerb nur dann mithalten, wenn jetzt umgesteuert wird: Eine klimafreundliche, innovative und nachhaltige Wirtschaft wäre weltweites Vorbild. Um einen sanften Übergang zu neuen Strukturen zu ermöglichen, muss der Wandel jetzt beginnen. Dafür sind verbindliche Pläne für einen schnellen Ausstieg aus der Kohle bis 2030 und aus fossilen Treibstoffen im Verkehr unbedingt notwendig. Nur so kann es zukunftsfähige, sichere Arbeitsplätze und Investitionssicherheit geben.

Sie müssen die Kohle wegverhandeln! Fidschi, Europa und die ganze Welt schauen auf Deutschland.

Klimadelegation des Jugendbündnis Zukunftsenergie

Unterstützt durch:

KLIMA DELEGATION · Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen · PROJECT SURVIVAL PACIFIC · COY13

Weitere Unterstützer:

BUND · BUNDjugend · WWF JUGEND · Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. · PLANT FOR THE PLANET · Trees for Climate Justice · deutsche pfadfinderschaft sankt georg · dpsg · mit offenen Armen · better climate · the green werk. · NAJU · Klimahaus Bremerhaven · KLJB · NATUR FREUNDE JUGEND · netzwerk · JUGEND INITIATIVE Baden-Württemberg · STIFTUNG für Mensch & Umwelt · SILENT CLIMATE PARADE · Pazifik NETZWERK · LINGO · ZSM

Vorträge der SRzG

Vertreter*Innen der SRzG sprechen regelmäßig bei Diskussions- und Informationsveranstaltungen, moderieren Events rund um das Thema Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit und geben Workshops und Seminare. 2017 gaben Vertreter*Innen der SRzG Vorträge bei dem Bund der Deutschen Katholischen Landjungend (BDKJ) in Bayern und stieß eine Kampagne zum Thema Generationengerechtigkeit für die bayrischen Landtagswahlen 2018 an. Bei einem Seminar der Friedrich-Naumann-Stiftung und einer Tagung des Bundes des Deutschen Landjugend e.V. sprachen SRzG-Vorstände zu generationengerechter Rentenpolitik. Außerdem diskutierten SRzG-Vertreter bei den Jugendpolitiktagen in Berlin mit Jugend und Experten über das Verhältnis von Jugendlichen und Parteien.

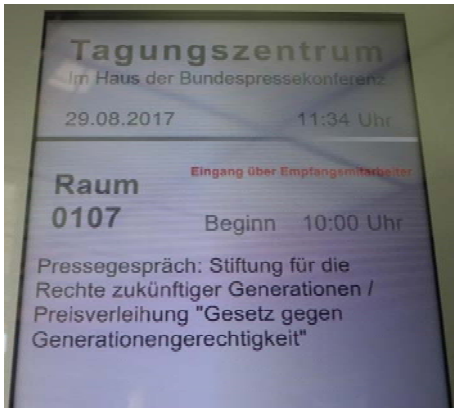
Preisverleihungen

Legislativ-Preis der 18. Legislaturperiode

Am Ende der 17. Legislaturperiode vergab die SRzG erstmals im Jahr der Bundestagswahl den undotierten Legislativ-Preis für das generationengerechteste Gesetz der Legislaturperiode. Damit prämiert die SRzG ein Gesetz auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene, das entweder eine Ungerechtigkeit zu Lasten der zukünftigen Generationen beseitigt oder die künftigen Generationen vor Lasten schützt. 2017, am Ende der 18. Wahlperiode wurde zusätzlich erstmalig das generationen*un*gerechteste Gesetz der Legislaturperiode gekürt, das entweder eine Ungerechtigkeit zu Lasten der zukünftigen Generationen schafft oder die künftigen Generationen besonders belastet.
Unterstützt wird die SRzG bei der Entscheidungsfindung von einer hochkarätigen Jury mit Mitgliedern aus Politik, Gesellschaft und Forschung.

Verleihung Negativkategorie für das generationenungerechteste Gesetz

Die Jury kürte das Gesetz „Rente mit 63" zum ungerechtesten Gesetz für nachrückende Generationen.
In der Begründung hieß es:



„Die Rente mit 63 in Deutschland ist ein beträchtlicher Rückschritt in Bezug auf die Reformanstrengungen in den vergangenen Legislaturperioden. Dies ist umso unverständlicher, da Deutschland ab dem Jahr 2030 vor einer dramatischen demografischen Herausforderung stehen wird. Die Rente mit 63 ist ein Paradebeispiel für kurzfristiges Denken, dessen Folgen die nachrückenden Generationen belasten werden."

Die vollständige Begründung der Jury finden Sie hier:
https://generationengerechtigkeit.info/legislativpreis-2017/

Die Prämierung des traurigen Gewinners der 18. Legislaturperiode fand im Rahmen eines Pressegesprächs im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin statt.

Verleihung in der Positivkategorie für das generationengerechteste Gesetz

Die Jury entschied sich das Gesetz „Elterngeld Plus" mit dem Preis für das generationengerechteste Gesetz auszuzeichnen.

6. Demografie-Preis 2016/17 zum Thema „Generationengerechtigkeit messen"

Der mit 10.000 € dotierte Preis wurde von der Stiftung Apfelbaum ins Leben gerufen, die ihn auch finanziert. Das Ziel der SRzG und der britischen Partnerorganisation Intergenerational Foundation (IF) besteht darin, mit diesem Preis die Diskussion über Generationengerechtigkeit in der Gesellschaft anzuregen und auf wissenschaftlicher Basis neue Perspektiven für politische Entscheidungsträger*innen zu liefern. Durch die Kooperation mit der IF wird der Preis seit einigen Jahren auch im englischsprachigen Raum ausgeschrieben.

Die Jury, die die vier Gewinnerarbeiten prämierte, bestand aus Prof. Dr. Pieter Vanhuysse, (Universität Syddansk), Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler (Universität Bamberg), Prof. Dr. Winfried Kluth (Universität Halle-Wittenberg), Dr. Daniel Schraad-Tischler (Bertelsmann-Stiftung), PD Dr. Dr. Jörg Tremmel (Universität Tübingen), Prof. Simon Caney (University of Oxford, GB), Dr. Maria Grasso (University of Sheffield, GB), Dr. Andrew Mycock (University of Huddersfield, GB), Prof. Andromachi Tseloni (Nottingham Trent University, GB).

Es wurden vier Einreichungen ausgezeichnet:

1. Preis (4.000 €): Jamie McQuilkin: *Doing justice to the future: a global index of intergenerational solidarity derived from national statistics*

2. Preis (3.000 €): Laurence Kotlikoff: *Measuring Intergenerational Justice*

Den **3. Preis und je 1.500 € Preisgeld** teilten sich zwei Arbeitsgruppen:

Natalie Laub und Christian Hagist: *Pension and Intergenerational Balance – A case study of Norway, Poland and Germany using Generational Accounting*

Bernhard Hammer, Lili Vargha und Tanja Istenic: *The Dissolution of the Generational Contract in Europe*

Zwei der Siegerarbeiten sind inzwischen in Ausgabe 2-2017 der *Intergenerational Justice Review (IGJR)* veröffentlicht worden und können unter www.igjr.org heruntergeladen werden. Die weiteren zwei Arbeiten werden in Ausgabe 1-2018 der *IGJR* veröffentlicht.

Publikationen der SRzG

Alle Positionspapiere stehen vollständig und kostenlos zum Download zur Verfügung:
https://generationengerechtigkeit.info/publikationen/studien/

Neben den neu veröffentlichten Publikationen der SRzG (siehe unten) wurden zwei Positionspapiere (*Positionspapier Jugendwahlrecht* und das *Positionspapier Arbeitsrecht*) inhaltlich leicht aktualisiert und neu formatiert. Sie sind ebenfalls auf der Webseite verfügbar. Vier weitere Positionspapiere (*Positionspapier Bildung*, *Positionspapier Klimapolitik*, *Positionspapier Gesundheitspolitik* und *Positionspapier Künstliche Intelligenz)* sind derzeit in Arbeit.

Positionspapier Rente

Im Februar 2017 veröffentlichte die SRzG ihr überarbeitetes Positionspapier zum Thema Rente, in dem sie acht Vorschläge für eine Erneuerung des Generationenvertrags und generationengerechte Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung sowie der „Riester-Rente" macht. Der Acht-Punkte-Plan der SRzG beinhaltet u.a. die Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung, den Einbezug von Beamten, Selbstständigen und Politikern in die Solidargemeinschaft und die Stabilisierung des Renten- und Beitragsniveaus. Das vollständige Positionspapier steht kostenlos zum Download zur Verfügung:
https://generationengerechtigkeit.info/publikationen/studien/

Elf-Punkte-Plan Generationengerechte Parteien

Die deutschen Parteien haben ein Altersproblem, obwohl junge Menschen so politisch sind wie seit Langem nicht mehr. Treten junge Menschen jedoch in Parteien ein, treffen sie auf alte Parteistrukturen, die oft noch aus den 1970er Jahren stammen. Da ist es kein Wunder, dass die Parteien kaum noch potentiellen Nachwuchs begeistern können und selbst die neu gewonnen, jungen Parteimitglieder drohen, schnell wieder zu „Karteileichen" zu werden. Die Folge: Die Parteien überaltern und vertreten immer weniger die Interessen junger Menschen. Ein Teufelskreis, der aber nicht unumkehrbar ist. Ein grundlegender Wandel muss her, damit die Parteien nicht den Anschluss an die junge Generation verlieren.
Für die SRzG steht fest: Die Parteien müssen wieder generationengerecht sein und handeln. Daher hat die SRzG im April einen Elf-Punkte-Plan für generationengerechte Parteien aufgestellt, in dem sie den Parteien u.a. offene Strukturen, mehr Beteiligungsmöglichkeiten nahe legen, um für den politischen Nachwuchs attraktiv zu bleiben.

Intergenerational Justice Review

Seit 2015 veröffentlicht die SRzG gemeinsam mit der Londoner Intergenerational Foundation die *Intergenerational Justice Review*, die einzige englischsprachige Fachzeitschrift zum Thema Generationengerechtigkeit.

Ausgabe 1-2017 „Constitutions as Intergenerational Contracts –Flexible or fixed (II)?"

Im Juni erschien mit Heft 1-2017 der zweite Teil der Doppelausgabe zum Thema „Constitutions as Intergenerational Contracts – Flexible or fixed?" Diese Artikel dieser Ausgabe – darunter ein Siegerbeitrag des vorangegangenen Generationengerechtigkeits-Preises – thematisierten das Spannungsverhältnis zwischen flexiblen und unflexiblen Verfassungen – zwischen Rigidität bis hin zu Ewigkeitsklauseln und Flexibilität bis hin zu automatischen Verfallsdaten.

Ausgabe 2-2017 „Measuring Intergenerational Justice for Public Policy"

Das erste Heft der Doppelausgabe enthält u.a. Beiträge von Laurence Kotlikoff, einem der 25 renommiertesten Ökonomen weltweit. Sie analysieren Chancen und Schwierigkeiten des Messens von Generationengerechtigkeit allgemein und an Länderbeispielen.

Alle Ausgaben und aktuellen Ausschreibungen der Intergenerational Justice Review sind auf der Website www.igjr.org kostenlos abrufbar (open access Verfahren).

Die SRzG im Web

Die SRzG freut sich sehr, seit Sommer 2017 den **neuen Internetauftritt** vorstellen zu können. Nach langer technischer, optischer und vor allem inhaltlicher Überarbeitung, präsentiert sich nun die neue Webseite der SRzG grundlegend modernisiert und erneuert.

Gerade für junge Menschen ist der Umgang mit **sozialen Medien** selbstverständlich geworden. Darum stellt die SRzG zusätzliche Kommentare und Informationen zu Themen und Projekten auf **Facebook und auf Twitter** zur Verfügung, um gerade auch, aber nicht nur die junge Öffentlichkeit zu erreichen.

Unsere Medienauftritte

2017 hat die SRzG Millionen von Menschen national und international in über 20 Artikeln, Fernseh- und Radiointerviews erreicht. Unter anderem wurde ein Positionspapier der SRzG in den ARD Tagesthemen und im Deutschlandfunk vorgestellt und in regionalen Tageszeitungen, wie der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung über die Verleihung des generationenungerechtesten Gesetzen durch die SRzG berichtet.

Eine vollständige Auflistung der Medienauftritte und –Nennungen der SRzG finden Sie im Medienecho auf der Website: generationengerechtigkeit.info/presse/medienecho/

Unser Ausblick für 2018

Für 2018 hat sich die SRzG viel vorgenommen:

Mit aller Kraft soll durch Kampagnen und Projekte an der Umsetzung der sechs **Kernforderungen für die Legislaturperiode** gearbeitet werden. Unter den thematischen Schwerpunkten *Umwelt & Klima*, *Repräsentation der jungen und zukünftigen Generationen im politischen System* sowie *Rente* wird sich die Stiftung 2018 für generationengerechtere Politik einsetzen. Durch Publikationen, Veranstaltungen, Treffen mit Entscheidungsträgern und öffentlichkeitswirksame Kampagnen will die SRzG die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Themen lenken und die Umsetzung der Kernforderungen für die Legislaturperiode anstoßen.

Insgesamt wird die Stiftung ihre Kommunikations- und Fundraising-Strategie grundlegend überarbeiten. In diesem Rahmen überholt die SRzG derzeit ihren englischsprachigen Webauftritt und informiert zusätzlich verstärkt auf Facebook und Twitter über aktuelle Themen und Projekte.

Die Stiftung möchte auch künftig ihr Möglichstes leisten, dass „die Politik" zu Gunsten zukünftiger Generationen handelt. Manchmal reicht es aus, dass junge Politiker*innen und junge Abgeordneter auf Bundes- und Landesebene ein Forum bekommen, in welchem sie selbst fraktions- und parteiübergreifende Kooperationen anstoßen können.

Durch Vorträge, Seminare und Diskussionen sowie in Medienauftritten wird die SRzG auch 2018 Interessierte in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft über Themen der Generationengerechtigkeit informieren.

Im Herbst wird die SRzG den **Generationengerechtigkeits-Preis** an Nachwuchswissenschaftler*innen verleihen, diesmal zum Thema „Wie attraktiv sind politischen Parteien und Gewerkschaften für junge Menschen?"

Stiftungsmanagement

Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen ist als gemeinnützige Stiftung registriert. Ihre Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus Spenden. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind Einnahmen aus dem Förderkreis und Privatspenden. Sie betrugen im Jahr 2017 knapp 26.000 Euro. Mit ihnen werden hauptsächlich allgemeine Verwaltungskosten (Büromiete, Stelle der Büroleitung in Teilzeit) gedeckt.
Zusätzlich wirbt die Stiftung Projektmittel ein, die nur für den vereinbarten Zweck ausgegeben werden dürfen z.B. für den umweltpolitischen Jugendaustausch oder für die Organisation von Tagungen. Im Jahr 2017 wurden knapp 107.000 Euro an projektgebundenen Mitteln umgesetzt.

Personelle Veränderungen

Vorstand: Nach jahrelangem Engagement, trat **Adrian Schell 2017** von seinem Posten als Vorstandsmitglied und Vorstandsvorsitzendem zurück.
An seine Stelle im Vorstand trat **Yannick Haan**, vorher Botschafter für die SRzG.
Den Vorsitz über den Vorstand übernahm Vorstandsmitglied und Sprecherin **Anna Braam**.
Im Frühjahr 2018 wechselten Jasmin Buck und Dr. Wolfgang Gründinger in den Botschafterkreis. Dafür trat Dr. Michael Rose in den Vorstand ein.

Botschafter für Generationengerechtigkeit:
Die Botschafter*innen Bettina Munimus, Diana Kinnert, Vincent-Immanuel Herr, Martin Speer und Igor Dimitrijoski traten nach langer Aktivität für die SRzG zurück.

Für die Nachfolge konnten wir wiederum hervorragende engagierte junge Menschen finden: Die SRzG erhält neue Unterstützung durch (von links nach rechts) Madeleine Hofmann (geb.1987), Jonathan Hoffmann (geb. 1989) und Martin Hagen (geb. 1981).

Fördern und Spenden!

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Vorstandsmitglieder, als Botschafter*Innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums.
Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Projekte durchzuführen und unsere Arbeit weiterzuentwickeln. Und sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Förderkreis, durch Spenden, Zustiftungen oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Förderkreis ermöglichen Sie unsere Projekte

Die Freundinnen und Freunde der SRzG unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung.
Wir laden Sie herzlich ein, Teil unseres Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Dadurch tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbständigkeit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen langfristig zu sichern. Als Mitglied im Förderkreis zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 50 Euro und Unter-30-Jährige 25 Euro. Mit Ihren Beiträgen setzen wir Projekte in Deutschland zum Thema Generationengerechtigkeit um und aktivieren junge Menschen. Die SRzG wird zu einem Großteil von ihren jungen ehrenamtlichen Vorständen und Botschafter*Innen getragen. Unser kleines Büroteam koordiniert unsere ehrenamtlichen Helfer und Praktikanten, unser Fundraising und unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und betreibt unsere Website. Mit Ihrer Spende helfen Sie unser bescheidenes Büro zu unterhalten. Denn ohne unser Büroteam gäbe es keine SRzG und keines unserer Projekte.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Veranstaltungen und Diskussionen, mit Aufrufen zum Mitmachen und aktiv werden. Sie erhalten den Newsletter mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und Einladungen zu besonderen Veranstaltungen bei denen auch Vorstand oder Geschäftsführung zum Austausch bereit stehen. Und Sie haben die Möglichkeit, jederzeit als Ideengeber*In aktiv an Stiftungsprojekten mitzuarbeiten. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender/innen und Sponsor/innen:

Maria Lenk, Büroleiterin
Tel.: 0711 / 28052777
E-Mail: kontakt@srzg.de
generationengerechtigkeit.info

Spendenkonto:
Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE64 4306 0967 8039 5558 00
BIC (SWIFT-Code): GENODEM1GLS

Beitragskonto:
Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Deutsche Bank
IBAN: DE97 5007 0024 0441 2458 00
BIC: DEUTDEDBFRA

...oder auf **generationengerechtigkeit.info/unterstuetzen/**

Ihr Mitgliedsbeitrag und Ihre Spenden sind steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft ist jeweils zum 31.12. jeden Jahres kündbar.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist eine advokatorische Denkfabrik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und gilt als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit" (Wirtschaftswoche). Sie wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen, wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet und verfolgt das Ziel, durch praxisnahe Forschung und Beratung das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schärfen. Die Stiftung ist finanziell unabhängig und steht keiner politischen Partei nahe.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE!

per Überweisung:
Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE64 4306 0967 8039 5558 00
BIC (SWIFT-CODE): GENODEM1GLS
...oder auf **generationengerechtigkeit.info/unterstuetzen/**

IMPRESSUM

Herausgeberin: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Mannspergerstr. 29, 70565 Stuttgart, Deutschland
Tel: +49 711 28052777
Fax: +49 3212 2805277
E-mail: kontakt@srzg.de
generationengerechtigkeit.info

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Design: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Bildnachweis: Porapak Apichodilok/pexels

© Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Oktober 2018